e) Offen erscheint nach dem derzeitigen Erkenntnisstand, ob sich der Erhaltungszustand der Population von Bibern und nicht nur die lokale Population des Bibers in dem von der Ausnahme betroffenen Gebiet im Sinne von § 45 Abs. 7 S. 2 Bundesnaturschutzgesetz – Betrachtung der geschützten Art innerhalb ihres gesamten natürlichen Verbreitungsgebiets (*Schütte/Gerbig* in: Schlacke a. a. O. § 45 Rdnr. 41) verschlechtern würde. Für den Biber als in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Art gilt wegen des Rückverweises auf Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie in der zuletzt genannten Vorschrift, dass eine Ausnahme grundsätzlich nur zugelassen werden darf, wenn sich die betroffenen Populationen in einem günstigen Erhaltungszustand im Sinne von Art. 1 Buchstabe i der Habitatrichtlinie befinden. Allerdings ist der Erhaltungszustand des Bibers in Brandenburg günstig und auch die meisten lokalen Populationen des Bibers in Brandenburg haben einen günstigen Erhaltungszustand erreicht, so dass sich der Erhaltungszustand der Population der geschützten Art (im Falle einer Ausnahme vom Zugriffsverbot) wohl nicht verschlechtern dürfte. Denn anders als beim Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist im Anwendungsbereich des § 45 Abs. 7 BNatSchG nicht der Erhaltungszustand des unmittelbar betroffenen lokalen Vorkommens maßgeblich, sondern eine Betrachtung der Art innerhalb ihres gesamten natürlichen Verbreitungsgebietes vorzunehmen (*Schütte/Gerbig* in: Schlacke a. a. O. § 45 Rdnr. 41; vergleiche auch Vollzugshinweise Biber Nr. 4. S. 10).

3. Hinzu kommt, dass sich mit Blick auf die Größe des betroffenen Gebietes und auf der Grundlage des Antragstellervorbringens sich auch sonst zahlreiche, teils schwierige Tatsachen – und Rechtsfragen stellen, die insbesondere

den Gebiets- und Artenschutz betreffen. Eine Beantwortung dieser Fragen kann im vorläufigen Rechtsschutzverfahren im Wege einer summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage nicht hinreichend sicher prognostiziert werden, zumal allein dem Umfang des angefochtenen Bescheides (69 Seiten) und der diesem beigefügten Anlagen (426 Seiten) keine Indizwirkung für dessen Rechtmäßigkeit zukommt. Davon ausgehend ist es im Hinblick auf den Grundsatz effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz) und in Ansehung der betroffenen öffentlichen Interessen – Schutz einer streng geschützten Art einerseits und Gesundheit des Menschen andererseits – geboten, die Schaffung vollendeter Tatsachen, z. B. durch Entnahme (Tötung) von Bibern, zu verhindern. Denn diese könnten zur Folge haben, dass gewichtige, auch unionsrechtlich geschützte Gemeinwohlbelange des Gewässer-, Gebiets- und Artenschutzes (s. o.) beeinträchtigt werden, worauf der Antragsteller zu Recht hingewiesen hat (vergleiche hierzu BVerwG, Beschl. v. 16.10.2012 – 7 VR 7/12 (7 A 15/12) juris Rdnr. 3 ff.).

4. Ob und inwieweit das Projekt des Antragsgegners im Einklang mit den speziellen Zulassungsanforderungen aus § 34 BNatSchG steht, wonach Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000 – Gebietes zu überprüfen sind, bedarf nach alledem zwar keiner Entscheidung im vorläufigen Rechtsschutzverfahren und mag dahin stehen. Mit Blick auf die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage des Antragstellers hinsichtlich der erteilten artenschutzrechtlichen Ausnahmen war aber auch insoweit vorläufiger Rechtsschutz zu gewähren.

...

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-015-2869-7

EnWG

Britz, Gabriele/Hellermann, Johannes/Hermes, Georg (Hrsg.), Kommentar, 3. Aufl., Beck-Verlag München 2015, XXXIV u. 1708 S., 219 Euro, ISBN: 978-3-406-64643-0

Das Energierecht wird aktuell wieder intensiv diskutiert – gerade im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz. Die dabei problematisierten Themen wie der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Klimaschutzabgabe für Kohlekraftwerke lassen leicht die Kernregelungen des Energiewirtschaftsrechts im EnWG in den Hintergrund treten, die allerdings auch den nunmehr heftig umstrittenen Ausbau von Energieversorgungsleitungen betreffen. Diese werden in der nun vorgelegten dritten Auflage des Kommentars von Britz (Richterin am BVerfG/Univ. Gießen), Hellermann (Univ. Bielefeld) sowie Hermes (Univ. Frankfurt am Main) umfassend behandelt, und zwar durch ein Team aus unterschiedlichen Bereichen, nämlich dem universitären, der Anwaltschaft und Behörden und dabei vor allem der Bundesnetzagentur.

Von besonderem Interesse für den Umweltrechtler sind die Verflechtungen des EnWG mit der Energiewende und insbesondere mit dem EEG. Dafür steht namentlich § 13 mit der darin festgelegten Systemverantwortung der Betreiber von Übertragungsnetzen. Sie haben

die Sicherheit bzw. Zuverlässigkeit des Energieversorgungssystems zu gewährleisten, welche nicht zuletzt durch naturgemäß auftretende Flauten bei der Erzeugung erneuerbarer Energien gefährdet werden. Dabei konkretisiert nunmehr § 13 Abs. 2a EnWG das Verhältnis zu den Bestimmungen des EEG; trotz des Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energien ist damit die Energieversorgungssicherheit nach dem EnWG nicht etwa hintanzustellen, aber auch ihrerseits nichts vorrangig. Die speziellen Regelungen nach §§ 14, 15 EEG gehen vor (näher Sötebier, § 13 Rdnr. 101 ff.).

Weiter seien die ausführlichen Kommentierungen der §§ 17a ff. EnWG von Broemel aus Hamburg zu den Offshore-Windparks hervorgehoben – von der Aufstellung des Offshore-Netzentwicklungsplans über die Umsetzung, die Entschädigung bei Störungen oder Verzögerung der Anbindung bis hin zum Belastungsausgleich und zur (begrenzten) Haftung für Sachschäden, die erst zu deren Versicherbarkeit führt. Hierin spiegeln sich die vielfältigen Probleme dieses Ausbaumittels der erneuerbaren Energien wider, das nach dem EEG 2014 eine herausragende Bedeutung haben soll: § 3 Nr. 2 sieht eine Steigerung der installierten Leistung der Windenergieanlagen auf See auf insgesamt 6500 Megawatt im Jahr 2020 und 15 000 Megawatt im Jahr 2030 vor.

Die Kommentierung der §§ 43 ff. EnWG von Hermes und Kupfer (Freiburg) geht ausführlich auf die Planfeststellung für Energieleitungen ein und grenzt die Anwendung im Zusammenspiel mit EnLAG, Bundesbedarfsplan und NABEG näher ab. Sowohl die vorgelagerten Planungsentscheidungen als auch materielle Spezialfragen wie die FFH-Verträglichkeit von Leitungen vor dem Hintergrund eines energiewirtschaftlichen Bedarfs werden erörtert. Insgesamt handelt es sich um ein solides Kommentarwerk, das seinen festen Platz behaupten wird.

Prof. Dr. Walter Frenz,
RWTH Aachen,
Aachen, Deutschland